

Der kinder- und familienfreundliche Bezirk Lichtenberg

Berlin-Lichtenberg ist Heimat für 251.000 Bürgerinnen und Bürger. Seine Stadtteile Malchow, Wartenberg, Falkenberg, Hohenschönhausen, Fennpfuhl, Alt-Lichtenberg, Friedrichsfelde und Karlshorst prägen ihn in unterschiedlicher Art und Weise. Seine vielen Gesichter machen unseren citynahen, grünen Bezirk interessant und lebenswert. Er ist mit einer vergleichsweise guten Infrastruktur und mit zum Teil geradezu idealen Verkehrsanbindungen ausgestattet.

An kultureller Attraktivität kann sich Lichtenberg sicher nicht mit einem City- oder Szenebezirk vergleichen. Dies wird jedoch durch die unmittelbare räumliche Nähe zu diesen Angeboten ausgeglichen. Gleichzeitig bietet er die Grünlage und die familienverträglichen Wohnbedingungen, die ein Innenstadtbezirk vermissen lässt - wer ruhig und grün, aber gleichzeitig innenstadtnah wohnen möchte, findet hier gute Standortvoraussetzungen.

Der Begriff „Wohnen im Grünen – mitten in der Stadt“ wurde zwar für den Fennpfuhl geprägt, kann aber weit über dieses Wohngebiet hinaus für Lichtenberg gelten.

Auch die anderen überregionalen Attraktionen des Bezirkes, wie z.B. der Tierpark Friedrichsfelde, das Theater an der Parkaue, die Trabrennbahn Karlshorst oder der Barnim-Park passen in das Profil eines guten Wohnbezirks. Zählt man noch die Infrastrukturangebote durch die Krankenhäuser, die Zahl der Kita-Plätze, die inhaltliche Qualität der Schulangebote, die quantitative Ausstattung mit Kinderspielplätzen und die Jugendfreizeitstätten hinzu, entsteht, bei allen natürlich noch vorhandenen Defiziten, das Bild eines Bezirkes, der als Wohnstandort gesunde, kinder- und familienfreundliche Bedingungen aufweist.

Deshalb soll unser Leitmotiv eines kinder- und familienfreundlichen Bezirkes unser politisches Handeln lenken. Wir brauchen hier einen ressortübergreifenden Politikansatz, bei dem alle engagierten Menschen ihre Verantwortung für eine gesundheitsfördernde, das Wohlbefinden seiner Bewohnerinnen und Bewohner steigernde Kommunalpolitik erkennen und ihr Handeln daraufhin ausrichten.

Die demographische Entwicklung macht auch vor Lichtenberg nicht halt. Die SPD Lichtenberg nimmt diese Herausforderung an und sucht nach kreativen Lösungen. Einrichtungen der bezirklichen Infrastruktur müssen künftig den Anforderungen der älter werdenden Gesellschaft entsprechen. Wir treten dafür ein, dass im Bezirk Mehrgenerationenhäuser modellhaft erprobt werden. Außerdem wollen wir den Betrieb von Senioren- und Jugendfreizeiteinrichtungen unter einem Dach prüfen. Die verschiedenen Generationen werden künftig mehr miteinander als nebeneinander leben müssen. Darauf wollen wir Lichtenberg vorbereiten.

Lichtenberg steht, wie ganz Berlin, vor neuen Herausforderungen. Nun kommt es darauf an, dass die Stadt und auch unser Bezirk ihre neue Rolle finden und aktiv gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die kreativen Potentiale, die Fähigkeiten und Kompetenzen der Bewohnerinnen und Bewohner genutzt und gefördert werden. Wir wollen den Bezirk Lichtenberg auf seine Zukunft vorbereiten und Perspektiven aufzeigen.

Bürgerdemokratie – Ehrenamtliches Engagement – Bürgerhaushalt

„Bürgerhaushalt“, „Beteiligungshaushalt“ oder „partizipativer Haushalt“ sind synonyme Bezeichnungen für Verfahren der Aufstellung von kommunalen Haushalten unter unmittelbarer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Diskussionsprozess über die Verteilung der Haushaltsmittel auf die einzelnen Leistungsbereiche der Verwaltung.

In dem Projekt Bürgerhaushalt des Bezirkes Lichtenberg haben eine Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohner ihre kommunalpolitische Belange selbst mitgestaltet und direkten demokratischen Einfluss auf Entscheidungen genommen. Das hat zu Recht bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Wir werden den Bürgerhaushalt auch in den kommenden Jahren weiter konstruktiv - kritisch begleiten und die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erweitern. Dabei sehen wir die Menschen nicht nur als Betroffene, sondern beziehen sie als Beteiligte ein. Die Angebote für die Bürgerinnen und Bürger, sich über die Entwicklung ihres Stadtteiles zu informieren, diese mitbestimmen zu können, Maßnahmen zu initiieren und Entscheidungen des Bezirksamtes, der Bezirksverordnetenversammlung oder auch von anderen Entscheidungsträgern zu beeinflussen, müssen fortgesetzt werden. Wir wollen, dass die Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger in noch größerem Maße Verantwortung in ihren Kiezen übernehmen.

Eine wesentliche Leitlinie sozialdemokratischer Politik ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, durch Förderung des sozialen und ehrenamtlichen Engagements. Schon seit längerem gibt es auf vielen Ebenen Bestrebungen, bürgerschaftliches Engagement verstärkt mit kommunalem Handeln zu verknüpfen. Wesentliche Schritte sind dabei die Einführung von demokratisch legitimierten Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Berlin. Wir fördern diese Entwicklung, da sie den demokratischen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt.

Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung machen Demokratie lebendig. Deshalb unterstützen wir die Arbeit von Kiez- und Hausbeiräten, Bürgervereinen und andere Formen der Mitbestimmung vor Ort. Funktionen in diesen Gremien sollen demokratisch legitimiert und zeitlich begrenzt ausgeübt werden.

Wir begrüßen es, wenn Kinder und Jugendliche eine Stimme bekommen und dabei demokratische Strukturen direkt und unmittelbar erleben. Die Absenkung des kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre ermöglicht Jugendlichen die Teilnahme und Teilhabe an Politik. Mit diesem Hintergrund unterstützen wir auch die Arbeit des Kinder- und Jugendparlaments Lichtenberg. Diese Interessenvertretung für junge Menschen muss ein offenes Forum sein, in denen Kinder und Jugendliche unabhängig miteinander diskutieren und sich ihre Schwerpunkte selber setzen können. Die Schülervertretungen der Schulen untereinander sollen sich stärker vernetzen und enger mit dem Kinder- und Jugendparlament zusammen arbeiten.

Wirtschaft - Arbeitsplätze für Lichtenberg

Die Bezirke Lichtenberg und Marzahn - Hellersdorf müssen weiter zu einem Wirtschaftsraum zusammenwachsen und künftig als gemeinsame Region betrachtet werden. Hierzu bedarf es regelmäßiger Gespräche mit unserem Nachbarbezirk.

Der 1. Wirtschaftspartnertag „*Berlin eastside*“ bildete dazu einen gelungenen Auftakt. Die SPD Lichtenberg setzt sich dafür ein, dass er als jährlich wiederkehrende Veranstaltung etabliert wird.

Für vordringlich halten wir bei Wirtschaftsansiedlungen eine weitere Mischung von Wohnen und Gewerbe. Die Nähe kleinerer Handwerksbetriebe und Einzelhändler zu ihren potentiellen Kunden ist für beide von Vorteil. Vor allem steigt aber die Attraktivität unserer Wohngebiete durch diese Ansiedlungen. Lichtenberg braucht mehr Standorte (z. B. Anton – Saefkow – Platz und Weitlingstraße) mit einer ausgewogenen Mischung von Wohnen, Handel und Gewerbe.

Im Einzelhandel hat die Stabilisierung der vorhandenen Verkaufsflächen Vorrang vor einem weiteren Center-Zuwachs. Es gibt noch eine Reihe von Grundstücken im Bezirk, die dringend einer Entwicklung bedürfen, vor allem bei spezifischen und individuellen Angeboten haben wir Nachholbedarf.

Zur Schaffung von Ausbildungsplätzen müssen die Möglichkeiten des Bezirklichen Beschäftigungsbündnisses besser genutzt werden. Die Bereitstellung von neuen und zusätzlichen Ausbildungsplätzen wird durch die Gewinnung neuer Leitbetriebe bzw. neuer überregionaler Ausbildungsverbände verbessert.

In der Trägervertretung des Jobcenters sollen die Erfolgswahlen der Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher stärker kontrolliert werden. Kein Jugendlicher soll länger als sechs Monate ohne Beschäftigung (z.B. Weiterbildung, Praktikum, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) sein. Wir setzen uns für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben ein, um den Weg in Arbeit und Ausbildung zu erleichtern.

Die eigentliche Stärke und Perspektive des Bezirks liegt im weitesten Sinne im Dienstleistungsgewerbe. Dienstleistungen, insbesondere für die Wohnbevölkerung, Einzelhandel, kommunale und kommerzielle Freizeitangebote einschließlich Naherholung, Gesundheitseinrichtungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sind die Branchen, für die Lichtenberg interessant ist.

Im gewerblichen Bereich ist die Bestandspflege (Strukturverbesserung, Standortprofilierung, Standortmanagement, Netzbildung) vorrangig, die hoch erschlossenen und gut gelegenen Dienstleistungsstandorte sind weiter zu entwickeln und im Einzelhandelssektor muss eine möglichst breite Angebotsstruktur gesichert werden.

Wir wollen Lichtenberger Unternehmen in die Lage versetzen, Bietergemeinschaften zu bilden, dass diese eine Größe erreichen, um sich an Ausschreibungen beteiligen zu können. Außerdem muss verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, Lichtenberger Unternehmen bei beschränkten Ausschreibungen zu berücksichtigen. Um dafür die Grundlage zu schaffen, werden wir uns dafür einsetzen, dass bei Bau- bzw. Investitionsvorhaben, baulichen Unterhaltungsmaßnahmen (z.B. im Bereich Hochbau, Tiefbau, Grünbereich), die durch das Bezirksamt vergeben werden, entsprechende Losgruppen ausgeschrieben werden.

Die SPD Lichtenberg ist für die Einrichtung einer bezirklichen Anlaufstelle für Investoren, die als Serviceeinrichtung für die Unternehmen die Einholung der notwendigen Genehmigungen koordiniert und somit alle Dienstleistungen aus „einer Hand“ anbietet. Dazu ist diese mit den entsprechenden Steuerungs- und Durchgriffsrechten auszustatten. Diese soll auch als Beratungsinstanz für kleinere und mittlere Lichtenberger Unternehmen fungieren und diese insbesondere bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen. In der Wirtschaftsförderung wollen wir die Möglichkeiten der modernen Kommunikationswege (e – Gouvernement) besser nutzen und erfolgreiche Pilotprojekte aus anderen Kommunen auch bei uns einsetzen.

Familien in Lichtenberg - Kinder, Jugend und Senioren

Die Herkunft eines Kindes darf nicht über seine Bildungschancen entscheiden.

Die Lichtenberger SPD unterstützt ausdrücklich, dass Kindertagesstätten (Kitas) zu Bildungseinrichtungen werden sollen und dazu u.a. das letzte Kitajahr kostenfrei gestellt wird. Wir wollen die bezirklichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass frühkindliche Bildung einen deutlich höheren Stellenwert einnehmen kann. Neben der gezielten sprachlichen Förderung ist ein größeres Augenmerk auf die gesundheitlichen Defizite der Kinder zu richten. Die Kinder sollen fit werden, für die Schule – für das Leben. Gesunde Ernährung, Bewegung und Sport müssen ebenso zum Kita-Alltag gehören wie musische Erziehung und naturwissenschaftliche, technische und mathematische Grunderfahrungen.

Wir unterstützen das neu gegründete Lichtenberger Bündnis für Familien.

Die gesetzlich vorgeschriebene Schuleingangsuntersuchung, die gegenwärtig bei Kindern im Alter von 5 bis 6 Jahren stattfindet, soll auf das Alter von 4,5 Jahren vorgezogen werden. Da heute die Kinder im Regelfall im Alter von 5,5 Jahren eingeschult werden, entsteht auf diese Weise ein längerer Interventionszeitraum, in dem z.B. festgestellte Mängel bei der Sprachentwicklung und der Motorik der Kinder korrigiert werden können, um sie fit für die Schule zu machen.

Der Übertragungsprozess bezirklicher Kitas in freie Trägerschaft kommt gut voran. Wir werden weiterhin darauf achten, dass nicht mehr als 10% der Kitas von einem Träger übernommen werden, um die Angebotsvielfalt im Bezirk zu erhalten. Die übrigen kommunalen Kitas wurden zum 01.01.2006 in einem Kita - Eigenbetrieb zusammengefasst, der durch die Bezirke Lichtenberg, Pankow und Marzahn-Hellersdorf getragen wird. Die gesunde wirtschaftliche Entwicklung dieses Betriebes muss sicher gestellt werden, um Haushaltsrisiken für Lichtenberg zu vermeiden.

Quantitativ ist Lichtenberg mit seinen 173 Kinderspielplätzen im Vergleich zu anderen Bezirken sehr gut versorgt. Das Problem bei den Kinderspielplätzen ist in Lichtenberg qualitativer Natur. Wir müssen die vorhandenen Spielplätze für ältere Kinder ausbauen, Attraktionen durch Abenteuerspielplätze schaffen sowie den baulichen Zustand der Spielplätze verbessern.

Das Programm zur nachmittäglichen Öffnung von Schulhöfen muss fortgesetzt und personell abgesichert werden, da hier Defizite des Bezirks in der qualitativen Ausstattung mit Kinderspielplätzen ausgeglichen werden.

Der vollständige Erhalt aller bezirklichen Jugendfreizeiteinrichtungen ist trotz der Haushaltslage eine unserer zentralen Positionen. Angesichts der unzureichenden Versorgungssituation im Bezirk ist eine ersatzlose Aufgabe von Standorten nicht vertretbar.

Lichtenberg hat viele gute Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE), sowohl in kommunaler als auch in freier Trägerschaft. Das soll so bleiben. Jugendfreizeiteinrichtungen erreichen als niedrigschwellige Angebote insbesondere benachteiligte junge Menschen, die andernorts oft ausgegrenzt werden.

Die 21 Jugendfreizeiteinrichtungen des Bezirks sollen auf Dauer nicht mehr alle vom Jugendamt betrieben, sondern teilweise an freie Träger der Jugendhilfe übergeben werden. Die Übergabe in freie Trägerschaft oder in eine andere Rechtsform muss unter der Maßgabe erfolgen, dass eine mittelfristige Finanzierung sichergestellt ist. Diese muss neben den Personal- und Sachkosten auch Mittel für die bauliche Unterhaltung der Gebäude enthalten.

Wir treten dafür ein, dass - dort wo es möglich ist - mindestens 2 Jugendfreizeiteinrichtungen pro Region in öffentlicher Trägerschaft bleiben.

Die Bewertung der Arbeit der JFE ist unerlässlich, um hohe qualitative Standards in der Jugendarbeit zu gewährleisten, muss aber auf der Grundlage einer ausgewerteten und gewichteten Jugendhilfeplanung erfolgen. Versorgungsgrade und Mindestausstattung (regionale Budgets) sind ressortübergreifend zu entwickeln und als verbindliche Vorgaben zu formulieren.

Um auch die Vielzahl von Kindern und Jugendlichen zu erreichen, welche die Angebote der JFE noch nicht nutzen, muss der Stellenwert der Straßensozialarbeit im Bezirk steigen.

Wir wollen dafür sorgen, dass Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf, die Hilfen erhalten, die sie benötigen. Dazu ist es z. B. notwendig, dass Anträge auf Hilfen zur Erziehung (HzE) künftig zeitnah und unter stärkerer Berücksichtigung der Interessen der Familien bearbeitet werden. Bei allem gebotenen Kostenbewusstsein stehen für uns die Bedürfnisse der Betroffenen im Vordergrund.

Die bezirkliche Ehe- und Familienberatungsstelle soll zu einem Eltern-Kind-Zentrum ausgebaut werden, um Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu helfen und Kinder früh zu fördern.

Die Versorgung des Bezirkes mit Seniorenfreizeiteinrichtungen ist nicht ausreichend. Der Altersdurchschnitt der Bewohner unseres Bezirks wird sich in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Auch hier gilt: Schließungen bei Seniorenbegegnungsstätten bringen finanziell wenig. Die Schäden wären deutlich höher zu bewerten. Auch hier ist die weitere Übergabe von Einrichtungen an Freie Träger zu prüfen.

Gesundheit, Soziales und Integration

Das Gesundheitsamt Lichtenberg sorgt auf kommunaler Ebene für den Gesundheitsschutz, die Gesundheitsförderung und –prävention. Des weiteren steht das Gesundheitsamt den Lichtenberger Bürgern hilfreich zur Seite in Sachen Gesundheits-, Ernährungs- und Verbraucherschutzberatung. Um diese Aufgaben gewissenhaft, insbesondere für Kinder und Jugendliche zu erfüllen, wollen wir das Gesundheitsamt stärken und weiterentwickeln.

Dabei wollen wir die Kostenübernahme therapeutischer Leistungen des Gesundheitsamtes durch die Krankenkassen erreichen, insbesondere für die schwerstbehinderten Kinder, die in Lichtenberger Behindertenschulen betreut werden und für Impfleistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss künftig zielgruppengenau an den Stellen der Gesellschaft arbeiten, an denen aufgrund zunehmender Armut Menschen durch das „soziale Netz“ zu fallen drohen. Das ist notwendig, weil Krankenkassenleistungen zurückgehen oder die Zielgruppen von niedergelassenen Ärzten nicht erreicht werden können (Illegalität, Obdachlose u.ä.).

Lichtenberg hat, genauso wie andere Bezirke im Ostteil Berlins, einen deutlichen Mangel an Fachärzten, der zu Versorgungslücken und zu unzumutbar langen Wartezeiten für die Patienten führt. Um das zu ändern, muss die Neuzulassung von Fachärzten durch die Berliner Ärztekammer wieder an die Bezirksgrenzen Berlins gekoppelt werden, um die Ausgewogenheit der Verteilung wiederherzustellen.

In Lichtenberg gibt es ca. 20.000 Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II. Wir wollen das Element des Förderns noch mehr in den Mittelpunkt stellen und dazu optimale Beratungsbedingungen im Job-Center Lichtenberg bieten.

Zur möglichst objektiven Beurteilung künftiger Förderungen durch den Bezirk dringen wir darauf, das beschlossene Gemeinwesenkonzept konkreter zu fassen. In diesem Konzept könnten dann die notwendigen Leistungen und Angebote des Bezirks beschrieben werden, die nicht unmittelbar von der Kommunalverwaltung vorgehalten werden müssen und die wichtigsten Angebote freier Träger sichern helfen.

Kommunale Leistungen im Sozialbereich müssen bewertet werden. Dabei stehen Kriterien wie Kundenfreundlichkeit und Erreichbarkeit im Vordergrund. Aus den Ergebnissen dieser Bewertung werden wir die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen.

Der Umbau der Sozialsysteme bringt Unsicherheit und Ängste mit sich. Wir nehmen diese ernst, wissend, dass er notwendig ist. Wir setzen uns dafür ein, Verwerfungen und Auswüchse in der Übergangszeit durch kritische und konstruktive Begleitung schnellstmöglich zu überwinden. Durch die Einführung des Arbeitslosengeldes II verbleibt beim Sozialamt noch die Betreuung von erwerbsunfähigen Sozialhilfeempfängern. Durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft (ArGe) zwischen Bezirk und Bundesagentur für Arbeit kommt dem Bezirksamt Lichtenberg eine besondere Bedeutung zu. Entscheidungen für eine vernünftige Beschäftigungspolitik vor Ort, zur Aufrechterhaltung und Stärkung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, für eine wirksame Verbesserung der Eingliederungschancen Erwerbloser werden hier getroffen.

Für die Integration der Migrantinnen und Migranten ist eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung notwendig. Ohne Anerkennung der Migrantinnen und Migranten kann und wird es keine Integration geben. Wir können Lichtenberg nur voranbringen, wenn gegenseitige Akzeptanz und Toleranz zwischen Zugewanderten und der Lichtenberger Bevölkerung herrscht. Hierbei wollen wir als Lichtenberger SPD Vorreiter sein.

Sowohl für die jungen Migrantinnen und Migranten als auch für ihre Eltern ist die berufliche Integration eine wesentliche Grundvoraussetzung für ihre soziale Integration. Hierfür fehlen jedoch oftmals nach der Übersiedlung die finanziellen Voraussetzungen und die notwendigen Informationen. Wegen mangelnder Integration in den deutschen Arbeitsmarkt der Eltern gehören die Kinder und Jugendlichen größtenteils sozial schwachen Familien an, deren Ausbildungschancen sich aufgrund von Sprachentwicklungsdefiziten u.ä. weiter verringern. Dringend benötigte direkte und bedarfsorientierte Hilfestellung bleibt wegen fehlender Angebote für diese Zielgruppe weitgehend aus.

Die Lichtenberger SPD macht Politik für alle Menschen, die in unserem Bezirk leben. Sozialer Frieden und Ausgleich sind dabei keine Frage des Passes. Die erfolgreiche Integration von Einwanderern ist eine unabdingbare Voraussetzung, um mehr soziale Gerechtigkeit in ganz Berlin zu schaffen. Soziale Stadt bedeutet die Notwendigkeit einer aktiven Integrationspolitik, getragen von dem Willen, Integrationsziele im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und des demokratischen Rechtsstaates zu erreichen.

Den bei uns lebenden Spätaussiedlern wollen wir, z.B. durch Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache, noch besser helfen, sich möglichst schnell in unsere Gesellschaft zu integrieren, um so ihre Zukunftschancen zu verbessern. Außerdem wollen wir, dass in den Kiezbeiräten Migrantinnen und Migranten, entsprechend ihres Bevölkerungsanteils, vertreten sind.

Lichtenberg als Bildungs- und Wissenschaftsstandort

Unser Bezirk muss für die jetzige Generation und auch für die Zukünftigen entwickelt werden. Die Sanierung und angemessene Ausstattung der Schul- und Kitagebäude ist der Schwerpunkt der bezirklichen Bautätigkeit für Bildungs- und Lebensräume junger Menschen. Dazu werden die Mittel des Senatssonderprogramms konsequent und vollständig in Anspruch genommen.

Die Profilierung unseres Bezirkes als Wissenschaftsstandort ist als wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung anzusehen. Im Lichtenberg befinden sich einige der erfolgreichsten Fachhochschulen Berlins, wie die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW), die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und die Katholische Fachhochschule für Sozialpädagogik. Die Fachhochschulen müssen am Standort gesichert werden, um so Impulsgeber für den Bezirk zu sein. Insbesondere muss eine Entwicklung und Erweiterung der FHTW am bisherigen Standort Karlshorst gefördert werden.

Die Schul“entwicklungs“planung darf nicht zur Schul“schließungs“planung degenerieren, sondern muss dem Anspruch auf Sicherung eines vielseitigen Bildungsangebotes gerecht werden. Dafür ist eine erforderliche Anzahl von Schulplätzen an verschiedenen Standorten für die Versorgung aller Lichtenberger Schülerinnen und Schüler vorzuhalten.

Wir treten für eine langfristige Planungssicherheit bei der Schulentwicklung ein. Eltern und Schüler sollen die notwendigen Entscheidungsprozesse mitgestalten und nachvollziehen können. Der Prozess der Entscheidungsfindungen muss deutlich demokratischer und transparenter als bisher organisiert werden. Für einen möglichst breiten Konsens ist insbesondere die frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen von Bedeutung.

Wir wollen die Gymnasialstandorte Römerweg (Hans – und – Hilde - Coppi – Gymnasium) und Lückstraße (Immanuel-Kant – Gymnasium) mit ihren bewährten Profilen langfristig sichern, weil diese für die wachsende Region Lichtenberg Süd traditionsreiche Bildungsstandorte sind, die einen wichtigen Standortfaktor darstellen.

Im Interesse der Schüler und Eltern setzen wir uns für die weitere Qualifizierung des gemeinsamen Internetauftritts aller Lichtenberger Schulen ein. Die verpflichtende Darstellung der außerunterrichtlichen Bildungsangebote, der Ergebnisse bei Vergleichsarbeiten, der Ausfallzeiten und der Stundentafeln sind eine unverzichtbare Entscheidungshilfe bei der Auswahl der geeigneten Schule und befördern zugleich den notwendigen Wettbewerb unter unseren Bildungseinrichtungen.

Als Reaktion auf die frühere Einschulung der Kinder und die guten Ergebnisse der Vorleseaktionen in den Kindertagesstätten befürworten wir eine Ausweitung auf die Horte der Grundschulen.

Lichtenberg als Kulturstandort

Die Kultur hat in Berlin durch ihre Vielfalt und ihren Reichtum an Angeboten eine herausragende und eigenständige Bedeutung. Kultur findet aber nicht nur in der City und im Scheinwerferlicht statt. In unserem Bezirk gibt es ein dezentrales und sehr lebendiges kulturelles Leben. Bibliotheken, Galerien, unsere Musikschule, Volkshochschulkurse, das Heimatmuseum, aber auch Teile der Off-Kultur haben sich in Lichtenberg etabliert. Wir haben mit dem Theater an der Parkaue das einzige öffentliche und erfolgreiche Kinder- und Jugendtheater Deutschlands in unserem Bezirk beheimatet und auch das Theater Karlshorst findet immer mehr Zuschauer. Mit der Jugend - Kunst - Schule, dem Museum im Königin – Elisabeth – Krankenhaus, dem Deutsch - Russischen - Museum sowie der Gedenkstätte Hohenschönhausen verfügt der Bezirk weitere, über die Bezirksgrenzen hinaus bekannte und geschätzte, Einrichtungen. Diese Vielfalt muss im öffentlichen Leben deutlicher sichtbar werden. Hier existiert ein kulturelles Netzwerk, das an den Alltagsinteressen der Menschen anknüpft und welches stärkere Unterstützung verdient.

Die Kinder- und Jugendkultur Berlins ist eine bislang unterschätzte Investition in den Generationenvertrag. Gerade durch künstlerische Prozesse und kulturelle Bildung wird bei Kindern und Jugendlichen Selbstbewusstsein, Kreativität und Aufmerksamkeit geweckt.

Die bezirklichen Kultureinrichtungen tragen zur Angebotsvielfalt im Bezirk bei. Deshalb sollten sie mit ihren Angeboten erhalten werden. Die Öffentlichkeitsarbeit der bezirklichen Kultureinrichtungen muss jedoch deutlich verbessert werden, damit die kulturelle Vielfalt des Bezirks im öffentlichen Leben sichtbar wird.

Im Bezirk Lichtenberg soll es zukünftig einen Hauptstandort für die bezirkliche Schostakowitsch-Musikschule geben. Damit eine musikalische Ausbildung in allen Stadtteilen möglich ist, sind mehrere dezentrale Standorte notwendig.

Die SPD Lichtenberg tritt dafür ein, dass endlich ein Kulturentwicklungsplan erarbeitet wird, der diesen Namen auch verdient. Darin soll die Übertragung bezirklicher Kultureinrichtungen in freie Trägerschaft vorurteilsfrei geprüft werden. Außerdem müssen realistische Perspektiven entwickelt werden, wie bedeutsame Kulturstandorte (z. B Kulturhaus Karlshorst) langfristig gesichert werden können.

Die Akquise von Drittmitteln (EU, Bund, Land, Stiftungen, Sponsoren) wird zur Aufrechterhaltung der inhaltlichen Angebote der öffentlichen Einrichtungen immer wichtiger. Das Mies - van der - Rohe - Haus soll in eine bereits bestehende Stiftung (öffentlich oder privat) überführt werden, um seiner nationalen und internationalen Bedeutung besser gerecht werden zu können.

Das Bibliotheksamt muss ressortübergreifend unterstützt werden, um die Themen Leseförderung vom Vorschulalter an, Unterstützung des individuellen und selbstbestimmten Lernens sowie Pflege des interkulturellen Dialogs und Unterstützung der kulturellen Vielfalt noch stärker befördern zu können. Der Medienetat ist an den vier Hauptstandorten in angemessener Höhe und auf Dauer zu sichern.

Stadtentwicklung und Verkehr

Die SPD Lichtenberg begrüßt, dass es gelungen ist, einen großen Warenhausanbieter im Bezirk zu halten. Das Ringcenter III wird das Gebiet um die Frankfurter Allee weiter aufwerten. Um so dringlicher ist es, Antworten für das Wohngebiet am Anton - Saefkow - Platz zu finden. Dieser darf nicht zum „Verlierer“ dieser Entwicklung werden. Wir treten dafür ein, dass ein vorhabenbezogener Bebauungsplan die weitere Entwicklung des Anton – Saefkow – Platzes strukturiert. Hierbei setzen wir auf eine umfassende Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner.

Die vorhandenen Wohnqualitäten in den Neubaugebieten, vor allem der hohe Grünanteil sowie die Anzahl der Kinderspielplätze und Sportanlagen, müssen stärker im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Dazu bedarf es allerdings einer Verbesserung der Sauberkeit in den öffentlichen und privaten Grünanlagen sowie auf den Sportflächen. Gefragt ist hierbei weniger die aufwendige Umgestaltung von Grünbereichen, als vielmehr deren regelmäßige Pflege und Kontrolle. Hierbei setzen wir auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Die Stabilisierung und die Qualifizierung der bezirklichen Stärken (vielfältige, stabile Wohnmilieus, Lagegunst zwischen Innenstadt und Landschaftsraum, umfassendes Nutzungsspektrum) sind unsere Ziele bei der Stadtentwicklung. Wesentliche Inhalte sind daher die Begleitung wichtiger Investitionsvorhaben (Gehrensee, Trabrennbahn, Karlshorst-Ost) und die Ausschöpfung verfügbarer Förderprogramme (Stadtumbau Ost, Urban II, Städtebaulicher Denkmalschutz, Sanierungsgebiete, Wohnumfeldverbesserungen).

In den nächsten Jahren nicht mehr benötigte Gemeinbedarfseinrichtungen sollen, sofern keine öffentliche oder private Nachnutzung möglich ist, zur Vermeidung von Verwahrlosungstendenzen im Umfeld, zurück gebaut werden. Hierfür muss das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ noch zielgerichteter in Anspruch genommen werden.

Die Beibehaltung der vorhandenen guten und wohnungsnahen Versorgung mit Kitas, Schulen und Sporteinrichtungen ist eine Stärke des Bezirkes und das wichtigste „Präventionsinstrument“ zur Vermeidung von (Wohnungs-) Leerstand.

Bestandspflege und Bestandserhaltung der Verkehrsinfrastruktur (im Straßen- wie auch im ÖPNV-Netz) werden aus finanziellen und Bedarfsgründen langfristig im Vordergrund stehen. Der Ausbau der (Verkehrs-) Infrastruktur in der Gesamtstadt wird sich nur noch auf wenige „Ausnahmeprojekte“ beschränken. Trotzdem bieten sich bei „intelligentem“ Einsatz der Mittel aber auch Möglichkeiten zur Verbesserung der Infrastruktur.

Die baulichen Maßnahmen sollten sich daher auf die Erneuerung der nicht mehr gebrauchsfähigen Bestandteile der Straße beschränken und den Radverkehr verbessern. Dabei ist auf behindertengerechte Standards zu achten. Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist weiterhin ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Verkehrspolitik in unserem Bezirk.

Die SPD Lichtenberg tritt dafür ein, dass das Radwegenetz ausgebaut und qualitativ aufgewertet wird. Hierzu ist eine Bestandsaufnahme notwendig, um in genauer Kenntnis des Status quo eine intelligente Radwegenetzplanung anzugehen. In diese Planung wollen wir Öffentliche Grünanlagen einbeziehen, um Synergieeffekte mit bestehenden Radwegen im Straßenland zu nutzen.

Straßen von übergeordneter Bedeutung müssen mit Mitteln, welche die bezirkliche Verkehrsplanung und die dazu gehörenden Finanzmittel nicht einschränken, weiter entwickelt werden. Weiterhin setzt sich die SPD Lichtenberg für die Verstetigung und Entwicklung von Ortsteilzentren, die Weiterentwicklung des Siedlungsbaus, für die verbesserte verkehrliche Anbindung der Gewerbestandorte, für verbesserte Parkmöglichkeiten in Einkaufsstrassen und die Aufgabe der oberirdischen Stromtrassen ein.

Der Umbau des Bahnhofs Karlshorst und der Bahnbrücke soll unter anwohnerfreundlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Die SPD Lichtenberg bleibt bei ihrer Forderung, die Trabrennbahn Karlshorst zu einem Sport- und Eventstandort zu entwickeln.

Umwelt und Naturschutz

Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dafür zu sorgen, dass Lichtenberg lebenswert bleibt und noch lebenswerter wird.

Einen Schwerpunkt bildet dabei der Lärmschutz. Durch die EU – Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger konkrete neue Rechte und Einflussmöglichkeiten. Lichtenberg übernimmt bei der Umsetzung dieses neuen Rechts eine Vorreiterrolle, um die Menschen im Bezirk frühzeitig einzubeziehen. Wir wollen die teilweise erhebliche Belastung durch Verkehrslärm in unserem Bezirk minimieren.

Dazu werden bezirkliche Lärmaktionspläne erarbeitet, um geeignete Gegenmaßnahmen zu formulieren. Dabei geht es z.B. um die Asphaltierung von Kopfsteinpflasterstraßen, die Einführung neuer Tempo 30-Zonen, die nächtliche Abschaltung von Ampeln, Straßenbaumpflanzungen, das Verbot von LKW-Verkehr in bestimmten Straßen u.v.a.m.

Angebot, Nutzbarkeit und Pflegezustand von Grün- und Freiflächen haben als Qualitätsmerkmal für die Wohnstandorte eine zentrale Bedeutung. Für Lichtenberg ist die weitere Entwicklung des Regionalparks Barnim als viertes Berliner Naherholungsgebiet ein wesentliches Handlungsfeld, auch für die Stabilisierung der Großsiedlung Neu-Hohenschönhausen.

In den kommenden Jahren werden zusätzliche Freiflächen in erheblichem Umfang durch Nutzungsaufgaben entstehen (z.B. Friedhöfe, Kleingärten, Gemeinbedarfsstandorte). Neue Strategien im Umgang mit diesen Flächen müssen auch vor dem Hintergrund der Finanzknappheit entwickelt werden: Neue Freiraumkategorien und neue Verantwortlichkeiten sind zu entwickeln, die den öffentlichen Aufwand dauerhaft niedrig halten (naturnahe Pflege, Baumpatenschaften, Sukzessions-/Waldflächen) und Zwischennutzungen ("temporäres Grün") sind zu finden, die auch die „Langfristperspektive“ nicht ausschließen.

Lichtenberg als Sportbezirk

Wir wissen, dass der Sport eine wesentliche Rolle beim Gelingen von Integration spielt. Sport verbindet Generationen, Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft sowie Menschen mit und ohne Behinderung. Sport dient der Integration von Einwanderern und baut Brücken der Verständigung. Er ist sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche und fördert gesellschaftliche Teilhabe, Verantwortungsbewusstsein, Gemeinschaftsgefühl und gegenseitige Verantwortung. Nicht zuletzt ist der Sport ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsförderung.

Wir unterstützen, fördern und begleiten Kooperationen zwischen Sportvereinen mit Kitas und Schulen des Bezirkes.

Die Flächenvorhaltung für neue Sportplätze sollte aufrecht erhalten bleiben. Trotzdem kann in absehbaren Zeiträumen nicht mit völlig neuen Sportanlagen gerechnet werden. Deshalb müssen die noch verbliebenen Tennenplätze in den nächsten Jahren in Kunstrasenplätze umgebaut werden, um auf diese Weise zusätzliche Kapazitäten zu erschließen.

Um den Sportvereinen auch weiterhin eine Zukunft zu geben, ist es unbedingt notwendig, dass nicht nur Trainingsstätten sondern qualifizierte Übungsleiter und Trainer zur Verfügung stehen. Diese müssen zumindest für Ihre Aufwendungen einen finanziellen Ausgleich erhalten. daher werden wir uns auf Landesebene für eine dauerhafte und realistische Finanzierung von Trainerstellen einsetzen.

Die Beteiligung der Sportvereine bzw. ihrer Interessenvertretung (Sport AG) bei der Entscheidung zur Bauausführung von Sportanlagen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Wir wollen die Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der Sportvereine stärken und auch von den Vereinen einfordern. Die sich über die Sportanlagennutzungsverordnung (SPAN) bietenden Möglichkeiten bei sog. Schlüsselverträgen, sollten stärker ausgelotet werden (Übergabe der Schlüsselgewalt von Sporteinrichtungen an Vereine). Für die Vereine geht das einerseits mit einer größeren Verantwortung einher, bietet ihnen andererseits aber auch deutlich verbesserte Entscheidungsspielräume und Einnahmeanreize. Der Bezirk wäre dann zumindest teilweise von Kosten und Verantwortung entlastet.

Das Sportforum Hohenschönhausen ist die größte Sportanlage der Bundesrepublik dieser Art und ein wichtiger Imageträger für den Bezirk und darüber hinaus.

Kampf für Toleranz und gegen Rechtsextremismus

Die SPD-Lichtenberg tritt entschieden gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus ein. Jenen Teilen der Gesellschaft, die sich außerhalb der verfassungsrechtlichen Grundsätze bewegen, muss gezeigt werden, dass für diese Ansichten kein Platz in unserer Demokratie ist.

Aus Unkenntnis und Distanz herrscht in Teilen der Gesellschaft Angst gegenüber Menschen anderer Herkunft. Wir müssen diesen Menschen die Angst vor Fremden nehmen und sie damit vertraut machen, dass andere Kulturen eine Bereicherung darstellen.

Unser Ziel ist es, demokratische Strukturen im Bezirk zu stärken, Integration voranzutreiben, Akzeptanz und gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Deshalb ist es wichtig, Angebote zu schaffen, die gezielt die Integration der Migrantinnen und Migranten in die Lichtenberger Bevölkerung fördern.

In einem kinder- und familienfreundlichen Bezirk ist kein Platz für rechtsextreme Gesinnungen. Die SPD Lichtenberg unterstützt demokratisches gesellschaftliches Engage-

ment jeglicher Form. Vor allem die vielen Initiativen, wie die Netzwerkstelle „Lichtblicke“, müssen weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Wir wollen, dass der Grundstein für Demokratie und Toleranz schon im Kinder und Jugendalter gelegt wird. Die Schule ist hier wichtigster Anlaufpunkt. Wir setzen uns deswegen für eine starke Schüler- und Elternvertretung an Schulen ein. Wir werden es uns zur Aufgabe machen, Angebote für Jugendliche, die demokratischen Strukturen fördern, wie das Kinder- und Jugendparlament, stark zu machen. Außerdem setzen wir uns für eine bunte Jugendkultur ein. Lichtenberg hat viele Gesichter, so auch seine Jugendlichen. Projekte wie „Rock gegen Rechts“ verdienen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Lichtenberg ist ein toleranter Bezirk mit vielen unterschiedlichen Religionen, Kulturen und Meinungen. Wir als demokratische Partei wollen, dass sich jeder Demokrat in unserem Bezirk wohl fühlen kann. Wir wenden uns jedoch gegen Bestrebungen, die sich gegen diese kulturelle Vielfalt und damit gegen unsere Demokratie wenden, deswegen darf es keine Toleranz gegenüber jeglicher Form von Extremismus geben, die unser friedliches Miteinander stören wollen.

Impressum

SPD Lichtenberg

V.i.S.d.P.

Andreas Geisel, Vorsitzender

Rathausstraße 7

10367 Berlin

Tel.: 030/97 60 67 30

Fax: 030/97 60 46 64

E-Mail: info@spd-lichtenberg.de

Besuchen Sie uns auch im Internet: www.spd-lichtenberg.de